

HARTZ-IV-DEBATTE

Westerwelles eisiger Irrtum

Der FDP-Chef will Hartz-IV-Empfänger für gemeinnützige Tätigkeiten wie Schneeräumen einzusetzen. Grundsätzlich ist das möglich – im Winterdienst jedoch meist nicht.

VON Ludwig Greven | 22.2.2010 - 18:38 Uhr

Wenn Politiker beim Volk ankommen wollen, ist es für sie ratsam, ihre Botschaften in griffige Bilder zu packen. Für seinen jüngsten Vorstoß gegen "anstrengungslosen Wohlstand" durch Hartz IV wählte FDP-Chef Guido Westerwelle daher am Wochenende ein plastisches Beispiel: So lägen doch beispielsweise in Berlin die Gehwege seit Wochen unter Eis und Schnee begraben. "Da könnte die Stadt doch junge Sozialempfänger zum Räumen der Bürgersteige einsetzen. So praktisch ist das Leben", sagte Westerwelle *Bild am Sonntag*. Wer sich dem verweigere, dem müssten die Hartz-IV-Leistungen gekürzt werden.

Dumm nur, dass die Arbeitsagenturen in der Hauptstadt genau dies schon geprüft haben – mit negativem Ergebnis. Zwar können Hartz-IV-Empfänger als Ein-Euro-Jobber seit 2005 prinzipiell für gemeinschaftsdienende Tätigkeiten herangezogen werden. Aber nur dann, wenn damit keine normalen Stellen gefährdet werden und Unternehmen dadurch keine Dumping-Konkurrenz erwächst.

Beides wäre in Berlin jedoch der Fall. Denn die dortige Stadtreinigung hat bereits vergangene Woche 650 zusätzliche Arbeitskräfte für den Winterdienst eingestellt – mit regulären, befristeten Arbeitsverträgen. Sie sollen nun Straßen und Bürgersteige von Eis und Schnee befreien, gemeinsam mit 1100 Kollegen, die vorher schon rekrutiert worden waren, auch mithilfe der Arbeitsagenturen. Die Verträge laufen allesamt bis Ende März. Zudem gibt es in der Stadt zahlreiche Privatfirmen, die ebenfalls Winterdienste anbieten. "In solchen Fällen dürfen wir keine Ein-Euro-Jobber einsetzen, das wäre eine unzulässige Konkurrenz", sagt Uwe Mählmann, Sprecher der Arbeitsagentur Berlin-Brandenburg.

Antje Huth, Sprecherin der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg, bestätigt

das. "Für das Schneeräumen sind die Gemeinden verantwortlich. Sie können diese Aufgabe nicht einfach abschieben." So hätten mehrere Kommunen in Mecklenburg im Januar Langzeitarbeitslose als Ein-Euro-Kräfte gegen die Schneemassen eingesetzt – entgegen den gesetzlichen Bestimmungen. "Dadurch werden gewerbliche Anbieter verdrängt", sagt Huth. Die Arbeitsagenturen würde deshalb in Zukunft dafür auch kein Geld mehr zahlen.

Anders als Westerwelle mit seiner Äußerung suggeriert, sind Ein-Euro-Jobs seit den Hartz-Reformen aber tatsächlich eines der am meisten verwendeten Mittel der Arbeitsmarktpolitik. 326.000 Langzeitarbeitslose wurden im vergangenen Jahr im Durchschnitt in solchen meist sozialen Dienstleistungen eingesetzt, in Kindergärten, der Alten- und Krankenpflege, aber zum Beispiel auch, um kommunale Grünflächen sauber zu halten. Da die Jobs meist auf ein halbes Jahr beschränkt sind, kamen 2009 insgesamt mehr als 800.000 Menschen auf diese Weise wenigstens vorübergehend zu einer gemeinnützigen Tätigkeit.

Die Wirksamkeit der Ein-Euro-Jobs ist allerdings umstritten. Forscher des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) fanden schon 2008 heraus, dass die Chancen von Erwerbslosen, danach eine reguläre Arbeit zu finden, kaum steigen. "Die Effekte sind gering", sagt die IAB-Expertin Katrin Hohmeyer, Koautorin der Studie. Spürbar seien sie eigentlich nur bei Frauen in Westdeutschland, aber auch für sie erhöhten sich die Beschäftigungschancen dadurch nur um drei Prozentpunkte.

Bei Arbeitslosen unter 25 Jahren, einer der Hauptzielgruppen, die auch Westerwelle ansprach, fanden die IAB-Forscher dagegen keinerlei positive Beschäftigungseffekte. Im Gegenteil: Von den jungen Erwerbslosen, die einen Ein-Euro-Job durchlaufen hatten, bezogen ein gutes Jahr später sogar mehr weiterhin Hartz IV als von denen, die dazu nicht herangezogen wurden. Eine mögliche Erklärung der Wissenschaftler: Während des Ein-Euro-Jobs hatten die Betroffenen kaum Zeit, sich um eine richtige Stelle zu kümmern. Danach waren viele aber bereit, auch für weniger Lohn zu arbeiten; die Differenz zu Hartz IV bekommen sie dann als "Aufstockungsbetrag" von ihrem Jobcenter.

Ingo Kolf, Arbeitsmarktexperte des DGB, hält aus diesen Gründen wenig von den Ein-Euro-Jobs. Nicht einmal jeder Fünfte finde hinterher eine Festanstellung, ermittelte eine DGB-Studie im vergangenen Jahr. Andere Maßnahmen wie etwa Weiterbildung brächten viel mehr. Kolf führt das darauf zurück, dass die Ein-Euro-Jobber meist in sehr einfachen Tätigkeiten eingesetzt würden, da sie keine normalen Stellen ersetzen dürften. "Je einfacher die Tätigkeit aber ist und je weniger Qualifizierung stattfindet, desto

geringer ist die Chance, hinterher eine reguläre Beschäftigung zu finden." Gerade für junge Arbeitslose sei es daher viel wichtiger, einen Schulabschluss nachzuholen oder eine Berufsausbildung zu machen.

Viktor Steiner, Arbeitsmarktexperte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), verteidigt dagegen Ein-Euro-Jobs ganz im Sinne des FDP-Chefs: Sie seien "das einzige Mittel, die Arbeitsbereitschaft von Langzeitarbeitslosen zu testen". Denn nach dem Gesetz seien zwar alle Hartz-IV-Empfänger verpflichtet, eine zumutbare Arbeit anzunehmen. In der Praxis funktioniere das jedoch häufig nicht, weil sich jeder so verhalten könne, dass er diese Stelle nicht bekommt. Die Ein-Euro-Jobs dagegen würden von den Jobcentern direkt vergeben. "Da kann sich keiner entziehen", sagt Steiner.

Weigert sich ein Langzeitarbeitsloser, können ihm die Hartz-IV-Leistungen um 30, im Wiederholungsfall um 60 Prozent gekürzt werden. Bei unter 25-Jährigen können die Arbeitsagenturen die Zahlungen sogar komplett streichen. Außer der Miete und Sachleistungen bekommen die Betroffenen dann gar nichts mehr.

Hilmar Schneider vom Institut zur Zukunft der Arbeit, sieht darin einen heilsamen Zwang. Er stimmt deshalb Westerwelle "in der Sache, nicht im Ton", wie er betont, auch zu. Das Prinzip, dass jeder Leistung auch eine Gegenleistung entsprechen müsse, sei nicht nur "absolut sozialstaatlich" und entspreche den Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit. Es sei zudem auch ökonomisch sinnvoll. Denn nur, wenn sie für ihre Grundversorgung notfalls gemeinnützig arbeiten müssten, wachse der Druck auf Arbeitslose, eine Stelle anzunehmen, "auch wenn sie durch sie nicht wesentlich mehr verdienten als Hartz IV. "Sonst müsse man das Leistungsniveau noch weiter senken. Das ist aber politisch nicht durchsetzbar."

Mehr zum Thema

- [Sozialstaatsdebatte Regierung sieht strengere Hartz-IV-Sanktionen skeptisch](#)
- [Sozialstaatsdebatte Westerwelle will Hartz-IV-Empfänger Schnee schippen lassen](#)
- [Hartz IV und die FDP Sprüche schaffen keine Arbeit](#)

Schlagworte

[Hartz IV](#) | [Sozialhilfe](#) | [Guido Westerwelle](#)

Guido Westerwelle nicht viel anders sehen.

Allerdings, schränkt auch Schneider ein: "Die Verpflichtung zu gemeinnützigen Arbeiten kann immer nur das letzte Mittel sein. Das Ziel muss sein, Arbeitslose etwa durch Weiterbildung oder Lohnzuschüsse in eine reguläre Beschäftigung zu bekommen."

Das würde vermutlich auch

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2010-02/hartz-westerwelle-schneeraeumen>